

Politische Tagesübersicht.

Vor einem Handelsprotokoll mit Spanien. Aus gut unterrichteten Kreisen hören wir, daß die spanische Regierung im Hinblick auf den vor dem Abschluß stehenden deutsch-spanischen Handelsvertrag nunmehr gewillt zu sein scheint, die Verhandlungen mit Deutschland auf einer neuen Basis zu führen.

Einberufung eines deutsch-nationalen Reichsparteitagestages. Bei der Parteiliste der Deutschnationalen ist von Seiten einiger Landesorganisationen der Antrag auf sofortige Einberufung eines Reichsparteitagestages nach Berlin gestellt worden.

Verbot der Wahlagitation durch Jugendliche in Baden. Anlässlich der bevorstehenden badischen Landtagswahlen hat der badische Kultusminister an die Direktoren der höheren Lehranstalten, der Gewerbe- und Handelsschulen, an die Kreisämter, Stadtschulämter und Volksschulrektorate folgenden Erlass gerichtet: Im Hinblick auf den Wahlkampf ist den Schülern aller Schulen, soweit sie nicht wahlberechtigt sind, jede aktive Teilnahme an der Wahlagitation verboten.

Lohnabstufungen im Baugewerbe des Rheinlandes. Am 11. Oktober wurde für das Baugewerbe in Rheinland und Westfalen ein Schiedsspruch gefällt, nach welchem — von einer Lohnverhöhung im linken Rheingebiet abgesehen — für sämtliche Arbeitergruppen die bisherigen Löhne bis zum 31. 12. gültig bleiben sollen.

Zusammenstoß zwischen Roten Frontkämpferbund und Stahlhelm. Die nachträglich bekannt wird, kam es am Montag abend in Steele zwischen Angehörigen des Roten Frontkämpferbundes und Stahlhelmlern zu einem Zusammenstoß.

Keine Stilllegung der Bismarckhütte. Die anderweitig vorbereitete Meldung von einer Stilllegung bei der Bismarckhütte trifft, wie H. F. B. erfährt, nicht zu. Nur auf dem Kupferwerk mußte der Betrieb in Rücksicht auf den polnisch-deutschen Wirtschaftskrieges vorübergehend eingeschränkt werden.

Besuch Tischbierens in Paris. Zeit Journal will erfahren haben, daß trotz der Dementis von einem Besuch Tischbierens in Paris gesprochen wurde. Es sei auch darüber verhandelt worden, aber die Reise solle erst nach Beendigung der Kur stattfinden, die Tischbierens gegenwärtig in Wiesbaden durchmacht.

Anlösung des italienischen Geschwaders in China. Mit dem 15. 10. wurde das italienische Geschwader in den chinesischen Gewässern aufgelöst.

Englisch-rumänisches Schulabkommen. In London ist ein Abkommen zwischen England und Rumänien über die Kriegsschulden abgeschlossen worden.

Beendigung des Tarifstreites in der Seefischerei. Der Verband Deutscher Kutter hat den Schiedsspruch angenommen, der eine fünfprozentige Lohnverhöhung für die Seefischerei vorsieht.

Das Schiffschiff „Großherzogin Elisabeth“. Das Schiffschiff des Deutschen Schiffsvereins „Großherzogin Elisabeth“ ist am 20. Oktober in Funchal (Madeira) eingetroffen und wird seine Reise nach Westindien (Vaguanora) am 24. d. M. fortsetzen.

Aus der Berliner Diplomatie. Der österreichische Gesandte Dr. Frank ist nach Berlin zurückgekehrt und hat die Leitung der Gesandtschaft wieder übernommen.

Generaldirektor Fischer gestorben. Der Generaldirektor des Verlages der Deutschen Tageszeitung, W. Fischer, ist gestern nachmittag im Alter von 62 Jahren an Gehirnschlag plötzlich gestorben.

Ungarns Vorkriegsschulden an England. Vester Land zufolge haben die im Finanzministerium gepflogenen Verhandlungen mit dem Generalinspektor des englischen Clearingbankes erneut zu der grundsätzlichen Feststellung geführt, daß Ungarn statt der gegenwärtig bezahlten Jahresrente von 300 000 Pfund zur Begleichung seiner Vorkriegsschulden an England 500 000 Pfund zu tilgen hat.

Verkürzung der Arbeitszeit. Die Firma J. A. Henckels in Solingen wird wegen Ueberfüllung des Lagers und Auftragsmangels von kommenden Woche an die Arbeitszeit um 25 Prozent verkürzen.

Abgelehnte Lohnforderungen. Der Düsseldorfener Schlichtungsausschuß hat die Gewerkschaftsforderung, die Löhne im Transportgewerbe und Großhandel im Bezirk Düsseldorf um 15 Prozent zu erhöhen, abgelehnt.

Steigende Arbeitslosigkeit in Weibern (Drohital). Wegen Mangels an Aufträgen entlassen die Luftschiffabriken eine große Anzahl von Arbeitern. Die Arbeitslosigkeit wird noch durch Entlassungen in der Vellat- und Schieferindustrie vergrößert.

Rechtsanwalt Angerhausen gestorben. Rechtsanwalt Fritz Angerhausen, der während des Ruhrkampfes ein gesuchter Verleibter politischer Angelegter war, ist gestern im Alter von 58 Jahren in Krefeld gestorben.

Bürgermeister Hirsch bestätigt. Das preussische Staatsministerium hat die Wahl des früheren preussischen Ministerpräsidenten Hirsch zum Bürgermeister von Dortmund bestätigt.

Eine Oberstraße in Kassel. Der Vossischen Zeitung zufolge, haben die Körperschaften von Kassel beschlossen, eine neue Straße im Westen der Stadt zum Gedächtnis an den ersten Reichspräsidenten „Friedrich Ebert-Strasse“ zu nennen. Das Berliner Hochbahnpersonal lehnt den Schiedsspruch ab. Das Fahrpersonal der Berliner Hoch- und Untergrundbahn lehnte gestern in einer Urabstimmung mit großer Mehrheit den Schiedsspruch ab, der die Gültigkeitsdauer des Tarifvertrages um ein Jahr verlängert.

Einweihung der Muldentalsperre.

Falkenstein. Die Muldentalsperre am Zusammenfluß der Roten und Weißen Mulde bei Muldenberg i. V. wurde gestern durch den sächsischen Finanzminister Dr. Reinhold in Anwesenheit des Arbeitsministers Glöner, des Wirtschaftsministers Müller, eines Vertreters des Reichsarbeitsministers und sonstiger Vertreter staatlicher und städtischer Behörden sowie des Landtagspräsidenten Winkler und zahlreicher Abgeordneter mit einer kurzen Ansprache eingeweiht, und der staatlichen Wasserbauverwaltung übergeben.

Die Talsperre, deren Bau 1920 mit Mitteln der produktiven Erwerbslosenfürsorge begonnen wurde, gestiftet bei einem Staubecken von etwa 100 Hektar Größe und einer Tiefe bis zu 20 Meter die Aufspeicherung von 6 Millionen Kubikmeter Wasser. Die Sperrmauer ist mit 500 Meter Länge die zweitlängste in Europa. Die Talsperre dient in erster Linie zur Verhütung der Trinkwassernot im oberen Vogtland von Delitzsch bis Reichenbach. Sodann soll sie durch Regulierung des Wasserlaufs die Wiederholung der Hochwasserkatastrophen der letzten Jahre verhindern und die völlig unzulängliche Niedrigwasserführung der oberen Mulde, die namentlich in bürren Jahren außerordentliche Schwierigkeiten für die vogtländische Industrie im Gefolge gehabt hat, aufheben. Schließlich sollen auch die überschießenden Wassermengen der Kraftgewinnung nutzbar gemacht werden.

Finanzminister Dr. Reinhold präsierte in seiner Rede zunächst die Zwecke, denen die neue Talsperre dienen soll. Sodann sprach er allen, die an diesem Kulturwerk mitgearbeitet haben, den Dank der sächsischen Staatsregierung aus, vor allem dem sächsischen Arbeitsministerium, dem Reichsarbeitsministerium und der Reichsarbeitsverwaltung sowie dem sächsischen Landtag. Alle diese Stellen hätten stets mit vollem Verständnis tatkräftig zur Beseitigung der Schwierigkeiten, die sich der Vollendung entgegenstellten, beigetragen. Der Minister betonte in seinen weiteren Ausführungen, daß neben dem dauernden Nutzen für das Vogtland der Bau der Talsperre in den Zeiten der größten Arbeitslosigkeit fünf Jahre hindurch hundert von Menschen Arbeit und Verdienst gegeben habe — insgesamt wurden 130 000 Erwerbslosentagewerke geleistet —, und schloß: „Das vollendete Werk wird späteren Generationen ein Wahrzeichen dafür sein, daß auch in den Tagen schwerster Bedrängung und größter seelischer und körperlicher Not das deutsche Volk an seiner Zukunft nicht verzweifelt, sondern den Mut, den Arbeitswillen und die Ausdauer zur Schaffung eines großen Kulturwerks gefunden hat, das ein Ehrenzeichen des ungebrochenen Lebens- und Arbeitswillens unserer Nation darstellt! Möge es dem Vogtland für lange Zeit Wasser und Segen spenden.“

Als Vertreter des Reichsarbeitsministers und des Präsidenten der Reichsarbeitsverwaltung wies

Regierungsrat Dr. Wilhelm I. besonders auf den großen sozialpolitischen Wert der produktiven Erwerbslosenfürsorge hin, die die hohe sittliche Idee verkörpere, daß jedem Volksgenossen ein Platz geschaffen werden müsse, an dem er an den Wiederaufbau unseres Vaterlandes mitarbeiten könne. Durch die vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Sachsen und den Reichsstellen sei in der produktiven Erwerbslosenfürsorge nun auch das große Werk der Muldentalsperre geschaffen worden. Er hoffe, daß diese Zusammenarbeit sich auch weiterhin auswirken möge zum Segen für das ganze Volk — Die Glückwünsche des sächsischen Landtags überbrachte der Vorsitzende des Haushaltsausschusses B. Abgeordneter Anders (D. Vp.), der, wie er erklärte, bereits seit 20 Jahren den Gedanken der Notwendigkeit des Baues von Talsperren vertreten hat.

Nach einigen technischen Erläuterungen folgte sodann eine

Besichtigung der Talsperre.

Sie liegt etwa 1 1/2 Kilometer südlich des Bahnhofes Muldenberg 100 Meter unterhalb der Bereinigung der Roten und der Weißen Mulde. Das Niederlagsgelände beträgt 16,34 Quadratkilometer. Der Normalstau liegt 20 Meter über der Talsohle, die Mauerkrone befindet sich einen Meter über Normalstau und ist zur Verhütung von Frostschäden vier Meter breit angelegt. Das Wasser kann durch zwei Grundablässe mit je einem Entnahmerohr aus dem Staubecken abgeleitet werden und bei plötzlichem Anschwellen des Staubeckens durch Hochwasser über den als Ueberfall ausgebildeten mittleren Bau der Mauerkrone abfließen. Von den beiden Entnahmerohren führt das eine zur Trinkwasserleitung, das andere zum Kraftwerk. Dieses ist den sächsischen Werken angegliedert, während für die Trinkwasserlieferung die beteiligten Gemeinden — Reichenbach, Auerbach, Delitzsch, Falkenstein, Lengefeld, Kobewitz usw. — sich zu einem Wasserlieferungsverband mit dem Sitz in Falkenstein zusammengeschlossen haben. Der Verband führt den Bau einer etwa 40 Kilometer langen Verbundwasserleitung von Reichenbach bis Reichenbach mit Reinigungsanlage durch. Zur Trinkwasserlieferung ist die Abgabe von 100 Sekundentritten Wasser vorgesehen, wodurch der Wasserbedarf der angeschlossenen Gemeinden auf Jahrzehnte hinaus gedeckt ist. Mit den Ausschachtungs- und Verlegungsarbeiten sind zur Zeit 800 Arbeiter beschäftigt, so daß mit der Fertigstellung bis zum Frühjahr zu rechnen ist. Bis dahin dürfte auch das Wasser in der Talsperre bis zur genügenden Höhe aufgestaut sein. Die Wasserlieferung soll mit dem 1. April 1926 einsetzen. Der mittlere Abfluß zur Mulde und Gölsch wird 44 Sekundentritten betragen, der niedrigste 24. Einen derartigen Abfluß bei niedrigem Wasserstand hatte die Mulde bisher an 200 Tagen im Jahresmittel nicht zu verzeichnen.

Als Baumaterial für die Sperrmauer diente Quarzit aus der Silbergrube zwischen Friedrichsgrün und Jägersgrün muldenwärts. Es waren rund 80 000 Kubikmeter Mauerwerk erforderlich. Für die Baugrube mußten rund 70 000 Kubikmeter Erdaushub vorgenommen werden.

Im Anschluß an die Besichtigung gab die Stadt Falkenstein, die von der Talsperre besonders günstige Wirkungen erhofft, im Hotel Bohland ein

Frühstück.

Der Erste Bürgermeister Grzechhammer begrüßte die Gäste und sprach den sächsischen Staatsregierung und dem Landtag den Dank der Stadt für die Durchführung des Werks aus, das dem größten Teil der Erwerbslosen Falkenstein lohnende Arbeit geben habe.

Anschließend gab er ein anschauliches Bild über die Räte der Stadt.

Finanzminister Dr. Reinhold erwiderte, indem er, bezugnehmend auf die Schrecknisse, die Falkenstein in der Holzzeit durchgemacht hat, ausführte: Noch einmal in der Folgezeit, in der schlimmsten Inflationszeit 1923 stand Sachsen vor dem Chaos und der Gefahr der Volkseinstümmung. Heute sind diese Zeiten vorbei, wir haben wieder festen Boden unter den Füßen. Wir wissen, daß wir durch Arbeit zur Freiheit und Sicherheit kommen

und daß in der Arbeit unsere Zukunft beschlossen ist. Möge die Talsperre, dieses Zeugnis der Arbeit, ein Baustein sein zum Wohle des Vaterlandes.

Der Minister schloß mit einem Glückwunsch für die Talsperre und die Stadt Falkenstein.

Gächlicher Hausfrauen-Tag in Zwickau.

Der Landesverband Sachsen der deutschen Hausfrauenvereine hielt am 15. und 16. Oktober seine diesjährige Landesversammlung in Zwickau ab. Nach einem Begrüßungsabend am Mittwoch, wurde am Donnerstag die Arbeitstagung von der 1. Vorsitzenden, Frau Prof. Z. Lutz (Leipzig), mit einem Rückblick auf die geleistete Arbeit eröffnet. Im ersten Vortrag: „Warum brauchen wir Hausfrauen in der Gemeindeverwaltung“, gab Frau Stadträtin Kademann (Leipzig) aus eigener Erfahrung einen Überblick über die mannigfachen Fragen, die die Gemeindeverwaltungen beschäftigen und an denen die Hausfrauen ein ganz besonderes Interesse haben. In der Ansprache zu diesem Vortrag wurden Möglichkeiten erörtert, wie mehr Frauen in die Parlamente gewählt werden könnten. Man war sich darüber einig, daß der Nachwuchs an Vertreterinnen besonders geschult werden muß und daß dazu der Hausfrauenverein die geeignete Stelle ist. — Im zweiten Vortrag: „Sozialfürsorge im Rahmen der Berufsorganisation der Hausfrauen“ warf Frau Dr. Schönert (Zwickau) die Frage auf, wie den in Rat geratenen Leitern von den Hausfrauen geholfen werden kann. Das Ziel müßte sein, durch Vergrößerung der Arbeitsmöglichkeiten die Fürsorge abzubauen oder ihr wenigstens den Charakter des Anstoßgebens zu nehmen. Frau Kuchmann (Dresden) warnte davor, die Leitner als billige Arbeitskräfte zu betrachten. Sie wies in dem Zusammenhang auf das von der Stadt Dresden in einem früheren Sanatorium in der Nähe eingerichtete Leitnerheim hin, in dem Leitner sehr gut untergebracht werden können. Nach einer Mittagspause nahmen die Verhandlungen mit einem Lichtbildvortrag von Dr. Paul (Zwickau) über „Wohnungsreform“ ihren Fortgang. Erst seit etwa 10 bis 15 Jahren schafft und baut man nach dem allgemeinen Niedergang des Geschmacks im Maschinenzeitalter wieder zweckmäßig, schlicht und materialgerecht. Leider hat aber diese Bewegung in Wohnmerkmalen nicht den nötigen Widerhall gefunden. Gerade die Hausfrau ist nun dazu berufen, der Qualitätsarbeit zu neuer Schätzung zu verhelfen. In der Debatte wurde das vorteilhafteste Zusammenarbeiten des Wohnungsbausausschusses der Leipziger Hausfrauen mit dem dortigen Hochbauamt hervorgehoben. Auf Veranlassung des Leipziger Vereins wird ein Dringlichkeitsantrag an den sächsischen Gemeindegtag gerichtet werden, der für die Hausfrauenberufsorganisation Sitz und Stimme in den Siedlungs- bzw. Bau- und Wohnungsausschüssen der Städte und Gemeinden fordert.

In engem Zusammenhang mit dem vorhergehenden Referat stand das Thema „Sittlicher Niedergang und Wohnungsmangel“, zu dem Frau Stadtr. Vasse (Wurzen) ausführte, daß die aufs äuerste gesteigerte Wohnungsnot einen großen Teil Schuld an dem sittlichen Niedergang habe. Es gibt nur eine Möglichkeit der Abhilfe: mit allen irgendwie verfügbaren Mitteln gesunde und behagliche Wohnungen zu schaffen.

Das letzte Referat hielt Gewerkslehrerin E. Wagner über die von ihr geleitete „Praktisch-wissenschaftliche Versuchsstelle für Hauswirtschaft“ in Leipzig. Diese Einrichtung hat den Zweck, hauswirtschaftliche Erzeugnisse wissenschaftlich zu prüfen und praktisch zu erproben, um den Hausfrauen mit Rat und Tat zu helfen. Sie erkräftigt die Unterstüßung der Stadt Leipzig und verschiedener Unternehmungen und ist im Begriff, sich zu einer ausgezeichneten Hilfe für die Hausfrau zu entwickeln. Die 2. Vorsitzende des Landesverbandes, Frau v. Erdmannsdorff (Dresden), brachte den Dank der Tagungsteilnehmer an Frau Prof. Lutz zum Ausdruck, auf deren Anregung hin die Versuchsstelle geschaffen worden ist.

Am Abend sprach in öffentlicher Versammlung Stud.-Rat Glöser (Zwickau) an Stelle des verhinderten Reichstagsabgeordneten Dr. Aulenampff über die deutsche Wirtschaftslage. Am Freitag wurden in geschlossener Sitzung interne Fragen der Hausfrauenorganisationen besprochen. Damit fand die arbeitserne Tagung, zu der aus allen Teilen des Landes und auch aus Thüringen Vertreterinnen erschienen waren, ihr Ende.

Der erste Verbandstag des deutschen Arbeitnehmer-Verbandes.

(Eis Braunschweig.)

Man berichtet und: Am vergangenen Sonntag fand in Braunschweig die erste Verbandstagung des Deutschen Arbeitnehmer-Verbandes statt. Aus allen Teilen des Reiches waren die Delegierten zahlreich erschienen. Zum großen Teil Männer, die eine im halbes Menschenalter bei der sozialdemokratischen Partei und Gewerkschaft praktisch tätig waren bis zu dem Moment, wo die Führer der Linken das Vaterland zum Schachernacht machten. Also alles ältere deutsche Arbeiter, die sich zusammengeschlossen haben, um ihre Arbeitskollegen von den Fesseln des Marxismus und Kommunismus zu befreien, dabei von der Erkenntnis ausgehend, daß nicht der papierne Internationalismus die deutsche Arbeiterschaft rettet, sondern daß sie sich selbst helfen muß durch tatkräftige nationale Mitarbeit an Staat, Volk und Wirtschaft.

Pünktlich 10 Uhr vormittags eröffnete der bisherige erste Vorsitzende, Kamerad Verttram, die Tagung. Nach erfolgter Begrüßung der Delegierten wurde die Geschäftsleitung für die Verbandstagung gewählt. Zum Leiter der Tagung wurde Kamerad Henker vom Landesverband Sachsen, Schriftführer Kamerad Berthold, Magdeburg und zum Kassierer Kamerad Stephens, Schöningen, einstimmig gewählt. Nach dieser Wahl erstattete der Hauptgeschäftsführer des Verbandes, Kamerad Sorge, den Geschäfts- und Kassensbericht. Mit Freuden wurde das riesige Anwachsen unseres Verbandes, hauptsächlich in den Industriezentren, begrüßt. Eine lebhafteste Ansprache der einzelnen Delegierten leitete zu diesem Bericht ein.

Nach der einhändigen Mittagspause ging es erneut an die Arbeit. Es mußte der zweite Teil der Tagungen beraten werden. Dank der familiären Leitung der Tagung wurde der zweite Teil der Sitzungen von allen Vertretern einstimmig genehmigt.

Nun ging es an die Wahl des Hauptvorstandes. Schon in der Mittagspause fanden keine Gruppenbesprechungen betr. der Vorstandswahl statt. In dieser unangewohnten Unterhaltung waren sich die Vertreter über die Personen des Vorstandes schon einig geworden. In überraschender Einkimmigkeit wurde der neue Vorstandswahl gewählt. 1. Vors.: Kernmacher Unger, 2. Vors.: Materialausgeber Steinborn, 3. Vors.: Bauarbeiter Heese, sämtlich in Braunschweig. Dazu kommen noch aus dem Reich vier Kameraden, welche den erweiterten Vorstand bilden.

Der Geschäftsführer, Kamerad Sorge, wurde in Anerkennung seiner unermühten und erfolgreichen Tätigkeit